

Ulrich van der Heyden

Am deutschen Wesen soll auch heute noch die Welt genesen

Wagt man als Global- und Kolonialismushistoriker einen Blick auf die heutige deutsche Öffentlichkeit und deren Wahrnehmung auf den „Globalen Süden“, zeigt sich, dass sich an dem zur Zeit der direkten deutschen Kolonialherrschaft von 1884/85 bis 1918/19 vertretenen Motto „Am deutschen Wesen mag die Welt genesen“ aktuell wenig geändert hat. Immer wieder maßen sich Vertreterinnen und Vertreter der Politik und des Journalismus an, den dort lebenden Menschen Vorwürfe und Vorgaben zu ihrer Kultur, zu ihren Traditionen und Wertevorstellungen, zu ihrem kollektiven Selbstverständnis zu machen.

Culture Change – geschichtslos?

Seit einigen Jahren wird, ausgehend von den entsprechenden Diskussionen in den Vereinigten Staaten, auch die Möglichkeit eines Culture Change von einigen Menschen in Deutschland vorangetrieben. Unter dieser Bezeichnung wird im Allgemeinen die Notwendigkeit einer kulturellen Veränderung verstanden, die durch Transformationen traditioneller Denkstrukturen, Auffassungen, kultureller Werte und kulturell geprägten Handelns erreicht werden soll. Dadurch soll eine in der Regel nicht klar definierte Weltanschauung treten, die zu einem Wandel der Alltags- und Kulturtechniken, des Sprachgebrauchs, der Ideologien, Moden und weiterer lang gepflegte Eigenheiten einer politischen oder/und sozialen Gemeinschaft führen soll. Davor, dass dieses Vorgehen „demokratiegefährdend“ sei oder werden könne, warnte ausdrücklich die Migrations-Historikerin Sandra Kostner (vgl. Kostner 2021).

Im Zusammenhang mit den nicht nur hierzulande kontrovers geführten Debatten um die Sinnhaftigkeit der Politik des Culture Change (vgl. Liu 2023) wird mit Blick auf die Bewertung der Geschichte von deren Befürwortern Kritik an den kulturellen Austauschbeziehungen der Vergangenheit geübt, die rund um den Globus schon vor der Existenz von Klassengesellschaften existierten. Denn ohne diese hätte es keinen gesellschaftlichen Fortschritt geben können. Es ist kaum nachvollziehbar – um auf zwei öffentliche

Diskussionen hervorgerufene Beispiele aus jüngerer Zeit zu verweisen –, wenn beispielsweise lediglich Nachfahren von Sklaven das Tragen von Dreadlocks zugelassen oder etwa das Indianerspielen europäischer Kinder kritisiert werden. Denn bei Umsetzung solcher Forderungen müssten die Betroffenen ja nachweisen können, dass sie afrikanische oder indianische Vorfahren hatten, sie vielleicht – um das letztere Beispiel herauszugreifen – Viertel- oder Halbindianer sind oder zumindest Ahnen unter der indigenen Bevölkerung Amerikas haben. Solche Vorstellungen sind nicht zuletzt aus zeitgeschichtlicher Sicht mehr als problematisch, erinnern sie doch an den „Ariernachweis“ bei den Nazis oder die Apartheid in Südafrika.

Außerdem sollte man aus politischer Verantwortung beachten, worauf der Philosoph und einstige SPD-Staatsminister Julian Nida-Rümelin in den Diskussionen um das Verbot der Indianerspiele hingewiesen hat:

„Ich bezweifle, dass ein Kind, das als Apache oder Inka zum Fasching geht, die Leidensgeschichte der amerikanischen Ureinwohner verhöhnen will [...] Wenn man unschuldige, auch positiv gemeinte Verkleidungen verbietet, befürchte ich, dass man genau das Gegenteil erreicht.“ (Schlenz 2023)

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein fachkundiger Aufsatz der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, in dem laut Verfasser zwar sichtbar werde, dass die hierzulande das

Indianerbild¹ prägenden Werke von Karl May, „Weiße, speziell Deutsche, der Richtwert für Entwicklung und Kultur“ sein sollen und dadurch „Stereotype und Klischees vermittelt wurden, die bis heute fest in den Köpfen sitzen – gleichwohl aber vollkommen falsch sind.“ Auch wenn der sächsische Schriftsteller „die reale Geschichte etwas romantisch-verkitscht wiedergibt, zeigt sich doch deutlich, wo seine Sympathien liegen.“ Seine Erzählungen verdeutlichen, dass er „auf der Seite der indigenen Bevölkerung und ihres Selbstbestimmungsrechtes“ steht (Ehrhardt 2022; vgl. ausführlich Wollschläger 1989, Pyta 2010, van der Heyden 2023c).

Fragt man, wie solche Begründungen für Culture Change entstanden sind, findet man keine befriedigende Antwort. Denn das Problem bei der Kommunikation solcher durch die Bevölkerungsmajorität abgelehnten Forderungen ist die Tatsache, dass die artikulierten Argumente historisch nicht belastbar und in ihrer Verbreitung nicht lenkbar sind.

Das deutsche Wesen

Die Verfechtung der Idee des Culture Change verbunden mit der Vorstellung, hiermit Vorkämpfer einer besseren Welt zu sein, schadet der kurz- oder mittelfristig benötigten Wirkungskraft der Wissenschaft, insbesondere der kritischen Global-, vor allem der Kolonialgeschichtsschreibung.

In den kritisierten politischen, aber auch in den wissenschaftlichen Debatten spiegelt sich eine Einstellung wider, die sich mit dem Satz „Am deutschen Wesen mag die Welt genesen.“ zusammenfassen lässt (vgl. van der Heyden 2023a, b).

Dieser politische Euphemismus, der nun schon in Deutschland seit drei Jahrzehnten zu beobachten ist, geht auf den deutschen Lyriker Franz Emanuel August Geibel (1815–1884) zurück, der 1861 in dem Gedicht „Deutschlands Beruf“ formulierte: „Und es mag am deutschen Wesen / einmal noch die Welt genesen“. Als der wohl bekannteste „Interpret“ dieser Strophe gilt Kaiser Wilhelm II., der sie zu dem Schlagwort leicht umformulierte, welches noch heute die Handlungen der blinden Bilderstürmer und den ihnen folgenden Politikern bestimmt.

In den (politischen) Forderungen, spiegeln sich in den Worten des Publizisten Frank Schuhmanns vor allem Anmaßung, Selbstüberhebung, Realitätsverlust und Vorurteil der Akteure selbst wider (vgl. Schumann 2022, S. 812). Jedoch sollte abseits subjektiver Befindlichkeiten nicht – überspitzt formuliert – die Möglichkeit eines bewussten Ablenkungsmanövers durch reaktionäre politische Kräfte außer Acht gelassen werden, die die subjektiv zwar gut meinenden, aber historisch unaufgeklärten Menschen aus dem Hintergrund heraus für sich agieren lassen.

Dass diese Vermutung durchaus Realität sein könnte, wird hierzulande dadurch auffällig, dass das, was etwa in China und insbesondere in den Ländern des „Globalen

Südens“ geschieht, gegenwärtig in den deutschen Medien insbesondere in analytisch-aufklärenden Beiträgen kaum eine Rolle spielt oder „verdreht“ mit einem europäischen Blick kommentiert wird (vgl. Lenz 2023). Immer wieder maßen sich Politiker und Journalisten stattdessen an, den dort lebenden Menschen Vorwürfe zu ihrer Kultur, zu ihren Traditionen und Wertevorstellungen, zu ihrem kollektiven Selbstverständnis zu machen. Das sagt allein schon viel über das Demokratie-Verständnis der Akteure bzw. der Medienvertreter aus, wenn sie als nicht ausgewiesene Vertreter von sogenannten pressure groups lautstark politisches Begehren vortragen, zu deren Inhalten sie weder qualifiziert aussagefähig noch demokratisch legitimiert sind.

Solches Vorgehen nimmt zum Teil skurrile Formen an, die Sheila Mysorekar, die Vorsitzende eines Netzwerkes postmigrantischer Organisationen, zur Schlussfolgerung gelangen ließ:

„Stände der globale Süden mehr im Fokus, wäre der deutschen Presse klar, dass unsere Außenpolitik nicht immer Menschenrechte als oberste Priorität setzt. Eigentlich müsste auf jeder Pressekonferenz Annalena Baerbock die Frage gestellt werden, wieso nach wie vor vom US-Militärstützpunkt Ramstein aus Drohnenangriffe in Afghanistan, Jemen oder Somalia gesteuert werden. Drohnenkriege sind völkerrechtswidrig. Deutschland ist also mitverantwortlich, wenn Bombardierungen von Ramstein aus dirigiert werden.“ (Mysorekar 2023)

Ein Berliner Beispiel

Von den Vertretern der oben erwähnten Handlungen und Forderungen des Cultural Change wird häufig die Notwendigkeit des Kampfes gegen einen angeblich vorhandenen „strukturellen Rassismus“ angeführt. Das führt in nicht wenigen Fällen zu einer Verallgemeinerung und Verwässerung der kritischen Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Neokolonialismus. Ein Beispiel: Die angeblich aus antirassistischen Gründen betriebene Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin (vgl. van der Heyden 2020a, b) hat durch die dadurch hervorgerufene Öffentlichkeit dazu geführt, dass nun jeder dumpfe Rassist weiß, wie er nunmehr Menschen mit anderer, vor allem dunklerer Hautfarbe beleidigen kann. Denn das Wort „Mohr“ war in der deutschsprachigen Alltagskommunikation so gut wie unbekannt oder nicht negativ konnotiert. Die Forderung, Umsetzung und die Folgen der Umbenennung dieses Straßennamens kann als ein Hinweis dafür angesehen werden, dass bei Ignoranz wissenschaftlicher Erkenntnisse ein kaum verdeckter kolonialrassistischer Paternalismus sichtbar wird. Denn so wie ihre Altvorderen im 19. Jahrhundert sind jene Aktivisten und die ihren kruden Vorstellungen folgenden Politiker – zugespitzt formuliert – davon überzeugt, dass ihre Vorstellungen von „Zivilisation“ nunmehr die „armen Wilden“ in Afrika bräuchten.

Denn es wird ja deshalb die Umbenennung von orientierenden Bezeichnungen im hauptstädtischen Stadtraum gefordert, weil eine kleine Minderheit der Meinung ist,

¹ Vgl. hierzu u. a. Lutz 1985. In der DDR war es nicht viel anders (vgl. van der Heyden 2002).

dass historische Benennungen, die Bewohner des afrikanischen Kontinents negativ berühren könnten (vgl. mit Beispielen van der Heyden 2024). Dabei gehen sie davon aus, dass sie wüssten, was jene denken, fühlen und fordern würden und maßen sich somit an, als kleine Gruppierung im Namen einer mehr als eine Milliarde Menschen zählenden Bevölkerung des afrikanischen Kontinents zu agieren. Statt sich für die sogenannte Entwicklungshilfe oder gegen die neokoloniale Ausbeutung und Politik der ehemaligen Kolonialmächte zu engagieren, ganz abgesehen von der Notwendigkeit, den Kampf gegen Neopatrimonialismus und Korruption in den afrikanischen Staaten zu unterstützen, liegt der Fokus auf medialer Aufmerksamkeit.

Eine weltweite Blamage Deutschlands

Ein Blick auf die Fußballweltmeisterschaft in Katar bestätigt die bisherigen Thesen.

Trotz den jahrelangen Wissens um die demokratischen Defizite des arabischen Emirats folgte kein Boykott oder Aufruf zu Verlegung der Spiele – auch und vor allem aus ökonomischen Interessen. Unmittelbar vor Beginn der Spiele stellten Politiker und ein Großteil der Medien vorgeblich überrascht fest, dass die Kataris sich nicht an das hielten, was den Deutschen in ihrem Sendungsbewusstsein vorschwebte. Dabei konnte jeder wissen, dass nur zehn Prozent der 2,7 Millionen Bürger des Landes von Geburt aus Kataris waren, die anderen gelten als Arbeitsmigranten. Es wäre keine Schwierigkeit gewesen, herauszufinden, dass diese nicht als gleichberechtigte Staatsbürger betrachtet und behandelt werden.

Aber was interessiert stattdessen? Die Missbilligung einer fremden Kultur, in der Alkoholenuss und offene Präsentation von Homosexualität nicht erwünscht, ja verboten sind, schienen in hiesigen Redaktions- und Wohnstuben das Hauptthema geworden zu sein. Die Überraschung angesichts anderer Kulturen, Wertevorstellungen und Mentalitäten in einem anderen Teil der Welt erschien scheinheilig. Denn am deutschen Wesen sollte doch die Welt genesen.

Nunmehr sah man sich in Politikerkreisen und Redaktionsstuben einem Dilemma ausgesetzt. Das inzwischen so beliebte Verhängen von Sanktionen und Boykotts war in diesem Fall nicht mehr möglich und aus ökonomischen Gründen auch nicht gewollt. Selbst wenn man angeblich von den nun kritisierten Verhältnissen in der absoluten Monarchie am Persischen Golf nichts wissen wollte, wuchs die Erkenntnis, dass Deutschland auf das Öl der Kataris zukünftig angewiesen ist. Einen dadurch notwendig gewordenen politischen Spagat versuchte Außenministerin Annalena Baerbock, wobei sie wiederholt in den internationalen Medien keinen guten Eindruck hinterließ (vgl. van der Heyden 2024; auch die Eingabe von „Baerbock Blamage Ausland“ in eine Suchmaschine führt zu Dutzenden von Zeitungsmeldungen). Der an der Berliner Humboldt-Universität lehrende Herfried Münkler gestand in einem Interview:

„Mich hat ihre Praxis der Menschenrechtsperformance nie überzeugt [...] man kann zum Beispiel nicht gleichzeitig bei den Kataris Gas kaufen und sich am Fußball dort echauffieren. Es macht keinen Sinn, in dem einen Raum von Menschenrechten zu reden und im anderen hemmungslos Interessenökonomie zu betreiben.“ (Reich 2022)

Allzu bemerkenswert ist es allerdings nicht, dass die im Nahen Osten erneut unter Beweis gestellte deutsche Besserwisserei verwundert oder verärgert und zum Teil auch mit Abscheu zur Kenntnis genommen wurde. Nicht nur die Kataris, sondern auch die anderen im Kooperationsrat zusammengeschlossenen arabischen Golf-Anrainerstaaten verwarnten sich eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten (vgl. DPA-Meldung 2022; Der Tagesspiegel 2022). Dieser an kolonial-paternalistisches Handeln der deutschen Politiker erinnernde Versuch der Einmischung einer ehemaligen Kolonialmacht in die Politik eines außereuropäischen Staates, verbunden mit der Abwertung von deren traditioneller Kultur und Wertevorstellungen, ist in der sich immer noch dekolonisierenden Welt nicht gut angekommen und wurde bisweilen als kolonialistisches Gehabe gewertet. Auch in anderen Zusammenhängen, sei es in China oder in Nigeria, werden bei den Menschen im „Globalen Süden“ besonders sensibel die paternalistischen Äußerungen und Handlungen deutscher Politiker registriert und zurückgewiesen. So etwa in Bezug auf die Übergabe der sogenannten Benin-Bronzen an Nigeria. Im Mai 2023 machte erstmals ein Mitglied der „Königsfamilie“, also der Oba, Prinz Okpame-Osawe Oronsaye, in einem Interview darauf aufmerksam (vgl. Lenz 2023; näher dazu van der Heyden 2024). Wenn in der Vergangenheit Politiker versuchten, gestützt im Allgemeinen von großen Teilen ihrer Bevölkerungen, eigene Werte und Vorstellungen anderen Völkern aufzuzwingen, standen dahinter immer ökonomische und machtpolitische Ambitionen – verklausuliert als Zivilisationsauftrag. Die Bezeichnung Kolonialismus ist für damaliges und heutiges Verhalten durchaus angebracht.

Propaganda – Fake News – Wahrheit

Die Vorwürfe deutscher Politiker und Journalisten am Emirat Katar richteten sich neben den bereits angesprochenen Alkoholverboten und der Ablehnung der Zurschaustellung von Homosexualität auch gegen die durchaus Ablehnung verdienende gesellschaftliche Stellung und Behandlung von Frauen sowie insbesondere die vorgebliche Ausbeutung der Arbeitskräfte aus dem Ausland (vgl. ausführlich van der Heyden 2023a, b).

Vergleichbare historische Basisdaten der alten Bundesrepublik zur Zeit der dort stattgefundenen Fußball-Weltmeisterschaft im Jahre 1974 belegen, dass eine solche Überheblichkeit mehr als unangemessen ist:

Der Paragraph 175 des (west)deutschen Strafgesetzbuches kriminalisierte 123 Jahre lang Homosexualität schwuler Männer. Erst seit 1994 wurde der Paragraph in dem staatlich vereinigten Deutschland endgültig abgeschafft – in der DDR übrigens bereits im Jahre 1968.

Auch bei der Kritik an der Rolle der Frau am Golf sollte man sich an die eigene Nase fassen. In der DDR war bereits in deren Verfassung von 1949 im Artikel 7 die Passage enthalten, dass alle Bestimmungen aufgehoben sind, die der Gleichberechtigung der Frau widersprechen. Abtreibungen bei ungewollten Schwangerschaften waren in Westdeutschland bei Strafe verboten; in der DDR wurde 1972 ein Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung verabschiedet (vgl. Schubert-Lehnhardt 2022). Die Gleichberechtigung der Frau wurde erst am 25. Juni 1980 in der Bundesrepublik festgeschrieben.

Wenn sich nun einige moralische Tugendwächter hierzulande um die arabischen bzw. islamischen Frauen im Nahen Osten Sorgen machen, hätten sie eigentlich im eigenen Land genügend Gelegenheit, sich zu engagieren, denn in Deutschland leben etwa 68.000 Frauen und Mädchen, die von weiblichen Genitalverstümmelungen betroffen und 15.000 weitere, die davon bedroht sind (vgl. Berliner Zeitung 2020). Auch wäre es möglich, wenn man die von vielen Europäern als diskriminierend angesehene Stellung der Frauen in arabischen Ländern anprangern will, diese Frauen für ein Verbot des Kopftuchtragens zumindest hierzulande zu unterstützen (vgl. Osman 2023).

Zur viel diskutierten Situation der in Katar arbeitenden ausländischen Arbeitskräfte äußerte sich Anfang November 2022 das Mitglied des Präsidiums der Arabisch-Deutschen Handelskammer, der ehemalige SPIEGEL-Nahostkorrespondent Jürgen Hogrefe, der als ein Kenner der Situation im arabischen Raum gilt:

„Das Ausmaß der verdrehten Berichterstattung über Katar und die Diffamierung seiner Bewohner und seiner Regierung hat längst einen kampagnenartigen Charakter angenommen, in dem die Fakten unter die Räder gekommen sind.“ (Hogrefe 2022)

Er analysierte in einem Gastbeitrag für den „Tagespiegel“, wie die Zahl von angeblich 6.500 toten Gastarbeitern bei den Bauten der Sportstadien seit der Vergabe der WM in Katar in den Medien entstehen konnte. Bestätigen lasse sich lediglich eine Anzahl von 35 „nicht arbeitsbedingten Todesfällen“ auf den Stadion-Baustellen. Inzwischen geisterte jedoch schon eine Zahl von 15.021 toten Gastarbeitern in den Gazetten. Damit hatte man zwar eine richtige Anzahl von Toten erfasst, jedoch von der gesamten ausländischen Bevölkerung Katars, die seit der Vergabe der Fußball-WM an diesen Golfstaat verstorben sind. Man hatte die Zahl einfach übernommen obwohl sie falsch sei, so Hogrefe. Die bestätigte Anzahl der verunglückten Gastarbeiter seien bei etwa drei Millionen Wanderarbeitern nicht allzu viele Unfalltote. Die natürliche Sterberate Katars läge, so der Nahost-Experte, sogar unter der in Deutschland (vgl. Hogrefe 2022; Abdelaziz-Ditzow 2022).

Bitte in den Spiegel schauen!

Dass es Defizite bei den Arbeitsbedingungen gab und gibt, gesteht der Fachmann ein. Aber der dortige Staat arbeite

an einer Verbesserung. Er zitierte einen hohen internationalen Gewerkschaftsfunktionär, der festgestellt hatte, dass in Katar „die Verhältnisse in Bezug auf Arbeits- und Gesundheitsschutz vergleichbar (sind) mit dem deutschen oder US-amerikanischen Standard.“ (Hogrefe 2022)

Da so viel Überheblichkeit und Anmaßung nicht nur in der Presse sowie in TV und Radio nicht Halt machten, sondern von Politikern übernommen wurden, wird in dem Artikel darauf hingewiesen, dass es ähnliche Situationen auch in der EU gäbe:

„In Europa gibt es nach EU-Erhebungen rund eine halbe Million moderne Arbeitssklaven. Darunter osteuropäische Ausbeiner in Schlachthöfen oder illegale afrikanische Tomatenpflücker in Spanien.“ (Hogrefe 2022; vgl. AFP-Meldung 2017)

Warum werden diese Arbeitsbedingungen und -verhältnisse nicht ebenfalls in der Öffentlichkeit vehement kritisiert? Bekannt sollte zudem sein, dass insbesondere in Deutschland jahrelang und teilweise bis heute in Schlachthöfen und Fleischbetrieben vornehmlich sogenannte Werkvertragsarbeiter unter dem gesetzlichen Mindestlohn arbeiten (vgl. Balsler 2017; ausführlich van der Heyden 2023b). Geradezu unverständlich ist es, dass solche offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land nicht weit mehr Aufmerksamkeit durch Politiker und Medien generierten. Denn die kriminellen Machenschaften der Fleischmafia wurden von Adrian Peter bereits im Jahre 2006 aufgedeckt (vgl. Peter 2006).

Jeder, der sich einmal mit dem Bild Deutschlands in der Welt beschäftigt hat, wird ähnlich wie Jürgen Hogrefe angesichts des peinlichen „Zeichensetzens“ der deutschen Fußballmannschaft fragen:

„Woher stammt eigentlich unsere Überheblichkeit? Und die Maßlosigkeit? Weswegen müssen wir unablässig Leuten aus anderen Ländern und Kulturen vorschreiben, was sie zu tun haben? Wo bleibt die viel beschworene Empathie?“ (Hogrefe 2022)

In diesem Sinne argumentieren auch andere Persönlichkeiten, die um das außenpolitische Ansehen Deutschlands besorgt sind. Lars Pohlmeier von der Organisation Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) warb in einem Interview im Februar 2023 für mehr Realismus und selbstkritischer Rückschau auf das eigne Verhalten, etwa im Ukraine-Krieg, und mahnte an:

„Wir müssen wieder zurück dazu, universelle demokratische Werte zu vereinbaren, deren Einhaltung überprüft und bei Verstößen durch unabhängige internationale Gremien sanktioniert werden. *Und wir müssen endlich dazu bereit sein, uns solchen Regeln auch selbst zu unterwerfen und dies nicht nur von anderen zu fordern* (Hervorhebung UvdH).“ (Pohlmeier 2023)

Wen kümmert es, was die Welt denkt

Recht aktuell und für die Deutschen peinlich, weil der deutsche Staat zur Zeit des Kaiserreiches schon einmal versucht hatte, einer großen Bevölkerungsgruppe des heutigen Namibia ihre Vorstellungen von „Zivilisation“ mit aller Macht bis hin zum Völkermord aufzuzwingen, ist die Warnung des Gründungspräsidenten des Landes Sam Nujoma von Mitte 2023, der per Gesetz den ehrenvollen Titel „Vater der namibischen Nation“ trägt. Im Hinblick auf die aus Europa hereingetragenen Denkweisen zur angeblichen Normalität gleichgeschlechtlicher Ehen sagte er:

„Namibier und Afrika sollten wachsam gegen einige fremde Normen und Werte sein, die uns aufgedrückt werden, aber gegen unsere eigenen afrikanischen kulturellen Normen und Traditionen gerichtet sind.“ (zitiert in Weidlich 2023)

Selbstbewusst reagierte auch der damalige und im Februar 2024 verstorbene Präsident Namibias, Hage Geingob, im März 2023, als er in einer Diskussion mit dem Chef der Konrad-Adenauer-Stiftung und früheren Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, der ihm vor der wachsenden Präsenz der Chinesen in seinem Land meinte warnen zu müssen. Der namibische Präsident unterbrach ihn und sagte, die Deutschen sollten „lieber eigene Vorschläge machen, als über die Chinesen zu lamentieren.“ Im Westen halte man offensichtlich „Afrikaner für Kinder“, die nicht wüssten, wie sie mit größeren Staaten umgehen sollten. Dem deutschen Politiker hielt er vor: „Ich bin nicht Ihre Marionette.“ (zitiert bei Norden 2023) Der diesen Vorgang in die deutsche Presse gebrachte Journalist Udo Norden kommentierte richtig, dass es sich hier nicht nur um ein persönliches Ungeschick gehandelt habe, sondern auch um „ein Dilemma der deutschen Politik insgesamt.“ Ermahnungen kämen in Afrika „ganz schlecht an.“ Es dürfte stimmen, dass „in China hingegen [...] der Auftritt des CDU-Mannes für Schadenfreude“ gesorgt habe (vgl. ebd.).

Denn in Asien hat man mit der unangebrachten Überheblichkeit der Deutschen vor allem in China Erfahrung. Dort macht man sich über sie, insbesondere über ihre Politiker, lustig und fragt sich, woher so eine Überheblichkeit stammen könnte. Der Direktor des Zentrums für Deutschlandstudien an der Peking-Universität, Huang Liaoyu, wies in einem Zeitungsartikel daraufhin, dass die deutsche Mentalität einerseits tief durch die christliche Religion sowie den deutschen Idealismus geprägt sei, so „dass die Deutschen ein missionarisches Sendungsbewusstsein haben und dazu neigen, dem Ideellen das Primat vor dem Materiellen zu gewähren“, was an dem Spruch „Am deutschen Wesen mag die Welt einmal genesen“ zu erkennen sei. Hingegen: „Das chinesische Gebot ‚Was du nicht selbst erfahren willst, tu keinen anderen an‘ (Konfuzius) steht in einem interessanten Kontrast zum deutschen Credo: ‚Was ich gut finde, das teile ich mit dir.‘“ (Liaoyu 2023)

Alle anklagenden, aufklärerischen, korrigierenden Wortmeldungen zu dem (neo)kolonialen Gehabe deutscher Politiker und Publizisten hat letztlich bis in die

Gegenwart keine sichtbare Wirkung erzielt. Die besserwisserischen Ermahnungen der im Juni 2023 in Südafrika weilenden deutschen Außenministerin Baerbock haben in dem besuchten Land sogar dazu geführt, dass man dort in den öffentlich geäußerten Meinungen sowie in den sozialen Medien immer wieder Kritik bzw. Hohn an dem belehrenden Grundton deutscher Politiker beobachten konnte. Unverständnis entstand dann, als sie in einem Zeitungsbeitrag zugab, dass, „wenn wir über die Vertiefung der deutsch-südafrikanischen Beziehungen sprechen, dann [...] Business“ meinen (zitiert in Selz 2023). Aus dem Ende des Jahres 2023 bzw. Anfang 2024 sind noch in Erinnerung der von afrikanischen Politikern als neokoloniale Einmischung Deutschlands verstandene kuriose „Elefantenstreit“ (vgl. Nüsse 2024) oder die verqueren Darstellungen über die deutsche Kolonialpolitik und deren Aufarbeitung in einer Namibia-Dokumentation in der ARD oder auch eine für Protest sorgende Sendung im Format ZDF-Wissen über den Einsatz von Giftgas durch deutsche Truppen im heutigen Namibia (vgl. Zenthöfer 2023).

Der entlang mehrerer Beispiele geschilderte Rückfall in alte, als überwunden geglaubte Denkstrukturen ist im Übrigen kein Novum. Er war auch schon in der vorhergehenden Bundesregierung ersichtlich, wenn auch nicht in diesem Ausmaß für die Öffentlichkeit. Es sei nur daran erinnert, wie rabiät in der Eurokrise zu Beginn der 2010er Jahre mit Griechenland umgegangen worden ist, was den Sozialpsychologen Elmar Brähler in einem Interview dazu veranlasste, dass ihn dies schon damals an das Zitat „Am deutschen Wesen mag die Welt genesen“ erinnert habe (vgl. Beer / Hollersen 2023).

Das Ausblenden des Balkens im eignen Auge, um das Korn in den Augen der anderen zu sehen, hat in Deutschland eine lange Tradition, die schon den Bewohnern in den vom Deutschen Reich beherrschten Kolonialgebiete aufgefallen waren und worüber sie sich zu amüsieren verstanden (vgl. van der Heyden 2013).

Die TV-Übertragungen und Kommentierungen rund um das Sportereignis in Katar sowie das überhebliche Auftreten deutscher Politiker in anderen Regionen der Welt geben berechtigten Anlass, dass sich in dieser Hinsicht nicht viel geändert hat. Denn bis in die Gegenwart hinein verspüren einige Aktivisten, Journalisten und Politiker das Bedürfnis, sich dafür einsetzen zu müssen, dass das deutsche Wesen dazu beitragen solle, eine andere Welt nach ihrem historisch und politisch zweifelhaften Gusto zu errichten. Das wären vor einigen Jahrzehnten Steilvorlagen für Außenpolitiker, Publizisten und Wissenschaftler von damaligen Staaten des sozialistischen Lagers gewesen! Oder hätte sich „der Westen“ solch ein paternalistisch-kolonialistisches Gehabe angesichts des damals noch realen politischen Gegners erst gar nicht erlaubt?

Literatur

- Abdelaziz-Ditzow, Mary (2022): Kritik an Katar ist berechtigt. Bashing aber ist unangebracht, in: *Capital* vom 24.11.2022
- AFP-Meldung (2017): 44 Millionen Schlachttiere importiert, in: *Neues Deutschland* vom 23.6.2017
- Balsler, Markus (2017): Geheime Schlachtordnung, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2.6.2017
- Bayat, Shohreh (2023): Ich war Sklavin dieses Systems. Das Kopftuch war meine Fessel, in: *Stern*, Nr. 1, 2023, S. 52 f.
- Beer, Maximilian / Hollersen, Wiebke (2023): Interview mit Elmar Brähler, in: *Berliner Zeitung* vom 8.9.2023
- Berliner Zeitung (2020): Zehntausende Mädchen und Frauen in Deutschland von Genitalverstümmelung betroffen, in: *Berliner Zeitung* vom 25.6.2020
- Der Tagesspiegel (2022): Vor Besuch von Faeser. Katar verbittet sich Einmischung, in: *Der Tagesspiegel* vom 1.11.2022
- DPA-Meldung (2022), in: *Neues Deutschland* vom 16.12.2022
- Ehrhardt, Heiko (2022): „Winnetou ist (k)ein Rassist“. Einige Anmerkungen zu einer notwendigen Diskussion, in: *Zeitschrift für Religion und Weltanschauung. Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen*, Nr. 5, Berlin, S. 362–366
- Hogrefe, Jürgen (2022): Der Umgang mit Katar ist scheinheilig, in: *Der Tagesspiegel* vom 2.11.2022
- Kostner, Sandra (2021): „Ein Schutzraum nur für freies Denken. An deutschen Hochschulen wächst der Widerstand gegen die abnehmende innere Freiheit“. Interview, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 4.3.2021
- Lenz, Susanne (2023): „Es tut mir leid, aber Ihre Außenministerin hat es übertrieben.“ Interview mit Prinz Okpame-Osawe Oronsaye, in: *Berliner Zeitung* vom 13.5./14.5.2023
- Liaoyu, Huang (2023): Adler und Drache. Plädoyer für die deutsch-chinesische Freundschaft, in: *Der Tagesspiegel* vom 26.5.2023
- Liu, Catherina (2023): Die Tugendpächter. Wie sich eine neue Klasse mit Moral tarnt und Solidarität verrät, Frankfurt/M.
- Lutz, Hartmut (1985): „Indianer“ und „Native Americans“. Zur sozial- und literaturhistorischen Vermittlung eines Stereotyps, Hildesheim/Zürich/New York
- Mysorekar, Sheila (2023): Neujahrsvorsatz: Mehr kiffen, in: *Neues Deutschland* vom 3.1.2023
- Norden, Udo (2023): Lieber Peking als Berlin, in: *Berliner Zeitung* vom 10.5.2023
- Nüsse, Andrea (2024): Elefanten für Deutschland. Wie Botswana Berlin vorführt, in: *Der Tagesspiegel* vom 5.4.2024
- Osman, Hoke (2023): Europa islamisieren (Leserbrief), in: *B.Z.* vom 7.2.2023
- Peter, Adrian (2006): *Die Fleischmafia. Kriminelle Geschäfte mit Fleisch und Menschen*, Berlin
- Pohlmeier, Lars (2023): Mediatoren dringend gesucht. Interview mit Gisela Dürselen, in: *Neues Deutschland* vom 13.2.2023
- Pyta, Wolfram (Hrsg.) (2010): *Karl May. Brückenbauer zwischen den Kulturen*, Berlin
- Reich, Anja (2022): Interview mit Herfried Münkler, in: *Berliner Zeitung* vom 5.12.2022
- Schlenz, Kersten (2023): „Ich glaube, die Bevölkerung ist jeder Art der Bevormundung leid“. Interview mit Julian Nida-Rümelin, in: *Stern* vom 20.7.2023, S. 72
- Schubert-Lehnhardt, Viola (2022): Die DDR als Gesellschaftsentwurf mit sozialen und feministischen Anspruch, in: Bollinger, Stefan (Hrsg.): *Die DDR in der gesamtdeutschen Geschichte – Vertane Chance, Sackgasse, Nachwirkungen*, Neuruppin, S. 97–108
- Schumann, Frank (2022): Respektlos und ignorant, in: *Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft*, Nr. 23, S. 812
- Selz, Christian (2023): Der Krieg und das Business, in: *Junge Welt* vom 29.6.2023
- van der Heyden, Ulrich (2002): Eine unentdeckte Nische der DDR-Gesellschaft: Die „Indianistikszene“ zwischen „antiimperialistischer Solidarität“ und Verweigerung, in: *Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente*, Nr. 2, Leipzig, S. 153–174
- Ders. (2013): „Besoffen wie ein Deutscher“. Das Deutschlandbild von Afrikanern zur Zeit der direkten Kolonialherrschaft, in: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, Nr. 4, S. 357–393
- Ders. (2020a): Die Berliner Mohrenstraße und die Ignoranz geisteswissenschaftlicher Forschungen. Versuch einer geschichts- und politikwissenschaftlichen Analyse, in: *Jahrbuch für Europäische Überseegegeschichte*, Bd. 20, Wiesbaden, S. 247–266
- Ders. (2020b): Die Umbenennung der Berliner „Mohrenstraße“ – eine Blamage, in: *Berliner Debatte INITIAL*, Nr. 4, Potsdam, S. 133–144
- Ders. (2023a): Deutsche wissen immer alles besser! – Teil 1, in: *NachDenkSeiten* vom 9.12.2023 – Teil 1 (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=107913>; 11.1.2024)
- Ders. (2023b): Deutsche wissen immer alles besser!, – Teil 2, in: *NachDenkSeiten* vom 10.12.2023 – Teil 2 (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=107919>; 11.1.2024)
- Ders. (2023c): Von seinem letzten Kampf um Achtung und Verständnis anderer Kulturen. In memoriam Dietmar Kuegler, in: Roth, Karl Jürgen / Weigand, Karla / Weigand, Jörg (Hrsg.): *Amerika! Amerika! Dietmar Kuegler 1951–2023*, Winnert, S. 79–93
- Ders. (2024): *Mohren, Missionare und Moralisten. Eine Streitschrift zum Umgang mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands*, Berlin
- Weidlich, Brigitte (2023): Nujoma unterstützt das Anti-LGBTQ-Lager, in: *Allgemeine Zeitung, Windhoek* vom 5.6.2023
- Wollschläger, Hans (1989): *Karl May. Grundriß eines gebrochenen Lebens. Interpretation zu Persönlichkeit und Werk. Kritik*, Dresden
- Zenthöfer, Jochen (2023): Kein Giftgas in Namibia, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.12.2023

Prof. Dr. Dr. Dr. Ulrich van der Heyden ist Visiting Research Professor an der University of South Africa, Pretoria und Gastwissenschaftler (bis Ende 2023) an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Afrika-, Missions- und Kolonialhistoriker sowie Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Afrika.